

Land/Region

4,5 Millionen Euro mehr für Theater

KULTUR Land erhöht Zuschüsse an Bühnen und Orchester in 20 Städten

Düsseldorf. Das nordrhein-westfälische Kulturministerium hat sich mit den Kommunen über die Verteilung der 4,5 Millionen Euro geeinigt, die Theater und Orchester zusätzlich aus der Landeskasse erhalten. Finanzschwache Kommunen werden bei der Vergabe des Geldes besonders berücksichtigt, wie das Ministerium und der Städtetag NRW am Freitag mitteilten. Der Verteilungsschlüssel sehe zudem eine besondere Förderung von Kinder- und Jugendprojekten vor. Von den zusätzlichen Mitteln erhält Köln über 506 000 Euro, Bonn 300 000 Euro und Wuppertal 363 000 Euro. Essen bekommt zusätzlich 456 000 Euro, Aachen 200 000 Euro zusätzlich. Insgesamt stelle das Land den Theatern und Orchestern 2011 rund 19 Millionen Euro zur Verfügung.

Kulturministerin Ute Schäfer (SPD) kündigte an, auch weiterhin mit Städten und Intendanten im Gespräch zu bleiben. Die von ihr ins Leben gerufene Theaterkonferenz solle neben Finanzierungsfragen auch über die inhaltliche und konzeptionelle Struktur der Theater- und Orchesterlandschaft beraten. (dpa)

FDP Grüne kritisieren liberale Haltung zum Schulkonsens

Düsseldorf. Der „kleine Parteitag“, auf dem die Liberalen an diesem Samstag über ihren schulpolitischen Kurs beraten, findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. „Die FDP-Spitze muss eine Heidenangst vor ihrer eigenen Basis haben“, meinte dazu Grünen-Landeschef Sven Lehmann. Dies sei „eine Bankrotterklärung für eine demokratische Partei“, sagte Lehmann dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. „Bei einer öffentlichen Debatte würde sicherlich deutlich, dass sich die FDP-Spitze mit ihrer fundamentalen Verweigerung ins Abseits manövriert hat.“ Der nordrhein-westfälische Schulkonsens zwischen SPD, Grünen und der CDU werde breit gelobt. FDP-Sprecher Moritz Kracht erklärte dagegen, es sei in der Satzung festgelegt, dass der Landeshauptschuss (kleiner Parteitag) nicht öffentlich berate. (gmv)

KRIMINALITÄT

Erster Insasse in neuem Zentrum

Oberhausen. Das bundesweit erste Therapiezentrum für rückfallgefährdete Gewaltverbrecher hat seinen ersten Fall: Am Donnerstagabend bezog ein aus der Sicherungsverwahrung entlassener Sexualverbrecher sein Zimmer in der streng gesicherten Anstalt in Oberhausen. Im Therapiezentrum sollen frühere Straftäter untergebracht werden, die nach europäischer Rechtsprechung nicht weiter in Sicherungsverwahrung genommen werden dürfen. (dpa)



Aachen warb für sich bisher als „Tor zu Benelux“ – künftig will die Stadt sich stärker als Angelpunkt zwischen Rhein und Maas positionieren.

Aachen schaut nach West und Ost

SERIE Großstadt im Dreiländereck hofft auf die Innovationsregion Rheinisches Revier

VON MICHAEL HEDRICH

Aachen. Am Rhein suchen sie neue Freunde: Die Blickrichtung der Aachener geht nach Osten. „Wir müssen größer werden“, sagt Jürgen Drewes, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen und Geschäftsführer der erst in diesem Jahr gegründeten „Innovationsregion Rheinisches Revier“. Die neue Organisation soll Aachen stärker mit den Braunkohlegebieten Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erftkreis und den Oberzentren Köln, Mönchengladbach, Düsseldorf, Bonn verbinden.

Als „Tor zu Benelux“ suchten die Aachener bisher ihre Partner eher in den angrenzenden Niederlan-

serie
GEMEINSAM STÄRKER
Regionale Verbände in
Nordrhein-Westfalen (1)

den und in Belgien. Im Verbund mit Lüttich, Limburg und Maastricht wurde in der „Euregio Maas-Rhein“ eng zusammengearbeitet. Die neue Blickrichtung Rheinschiene sei da erst einmal ein wenig argwöhnisch beäugt worden, berichtet Drewes. Doch ihre alten Freundschaften wollen die Aachener weiter pflegen: „Da ändert sich nichts. Es gibt fortlaufend Kontakte und zahlreiche Aktivitäten“, konnte der IHK-Chef beruhigen. Die Erfahrungen mit der Euregio will er aber nutzbringend in neue Verbindungen einbringen: „Über die Internationalität, die wir hier haben, können wir auch für Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Beitrag leisten.“

Mit Selbstbewusstsein wollen die Aachener ihren neuen Partnern begegnen. „Wir werden darauf achten, dass wir in diesem Verbund nicht an die Wand gedrängt werden, wir haben eigenes Potenzial“, sagt Drewes. Aachen sei für eine Stadt in dieser Größenordnung mit „deutlich wahrnehmbaren Alleinstellungsmerkmalen“ ausgestattet. Dazu gehöre die „europäische Lage“ mit vielen guten Verbindungen bis nach Frankreich und England – attraktiv für die Wirtschaft: „Die Firmen brauchen Vielsprachigkeit, interkulturelle Erfahrungen. Microsoft ist zum Beispiel deshalb mit einer kleinen Niederlassung nach Aachen ge-

kommen.“ Auch auf dem Ausbildungssektor habe man Hervorragendes zu bieten: „Aachen ist ein absolut zentraler Ort für alle technischen Fächer. Wir haben die RWTH (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule), wir haben das Forschungszentrum Jülich, wir haben eine hoch leistungsfähige Fachhochschule mit mehr als neuntausend Studenten.“ Die hier abgedeckten Disziplinen sind im Wesentlichen die Mint-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Drewes: „Da sind wir ganz stark, da haben wir einen Standortvorteil gegenüber der Rheinschiene, jedenfalls in der Quantität.“ Zum eigenständigen Profil der Stadt tragen für Drewes auch Ereignisse wie die Verleihung des Karlspreises und das „wohl beste Pferdesportereignis weltweit“ CHIO (Concours Hippique International Officiel) bei: „Da begegnet sich Prominenz aus ganz Europa.“ Mit Stolz verweist der Aachener auf die Vergangenheit als „ehemalige Hauptstadt Europas“ mit dem heutigen Weltkulturerbe Aachener Dom. „Außer-



Aachens IHK-Geschäftsführer Jürgen Drewes

BILDER:HEDRICH

dem gibt es natürlich auch eine gewisse Tradition im Karneval und wir spielen Fußball – immerhin in der Zweiten Liga.“

Letztlich gibt man sich bescheiden: „Unser Oberzentrum ist natürlich Köln, ein Stück weit auch Düsseldorf“, sagt Drewes, der sich als Fan der Philharmonie in Köln outet. Von der neuen Zusammenarbeit sollen letztlich alle gleich profitieren – zum Beispiel bei der Ansiedlung von Gewerbe: „Wenn Sie als größerer Verbund auf Investoren zugehen, können Sie mehr anbieten.“ Die Schaffung neuer Arbeitsplätze mache sich in vielen Fällen auch für die jeweils benachbarten Regionen bezahlt.



Zentrum einer Städteregion mit 566 000 Menschen

Aachen hat rund 260 000 Einwohner. Die geographisch gesehen westlichste Stadt Deutschlands gehört zum Regierungsbezirk Köln und ist seit Oktober 2009 Teil des neu gegründeten Kommunalverbands Städteregion Aachen mit acht Städten und zwei Gemeinden. Der ehemalige Kreis Aachen wurde mit der Gründung aufgelöst. Die Städteregion erstreckt sich von der Stadt Baesweiler im Norden über

circa 50 Kilometer bis zur Stadt Monschau im Süden und grenzt in Deutschland an die Kreise Heinsberg, Düren, Euskirchen, im Süden und Westen an die belgische Provinz Lüttich und im Westen an die niederländische Provinz Limburg. Die Städteregion umfasst 707 Quadratkilometer und hat insgesamt rund 566 000 Einwohner. Zum Städteregionsrat gewählt wurde Helmut Etschenberg (CDU). (ed)

Drewes nennt als Beispiel ein Call-Center von Mercedes. Da hätten sich die Verantwortlichen gegen Aachen und für Maastricht entschieden. Drewes: „Fakt ist, dass jetzt von den Beschäftigten ungefähr die Hälfte Aachener sind. Man hat eben auch Vorteile, wenn man den Erfolg des Nachbarn fördert.“

Vorteile in vielen Bereichen versprechen sich die Aachener von der Zusammenarbeit mit den Städten der Rheinschiene. Wirtschaft und Ausbildung, Kultur und Tourismus sind beim gemeinsamen Brainstorming ebenso Themen wie der Verkehrsfluss. Drewes: „Die Verkehrsinfrastruktur ist bei uns im Verhältnis zu anderen Räumungen grundsätzlich gut bis sehr gut. Trotzdem müssen wir daran arbeiten.“ Gemeinsam sei man auch hier stärker.

Wichtig für alle Beteiligten sei zum Beispiel der Lückenschluss der Autobahn 1 in der Eifel: „Das würde eine deutliche Verkehrsbelastung für die Rheinschiene bedeuten.“

Auch für den Schienenverkehr müssten neue Lösungen gefunden werden: „Da ist der »Eiserne Rhein« (historische Eisenbahnstrecke Duisburg-Antwerpen, heute nicht mehr durchgängig befahrbar, Red.) zur Entlastung von Antwerpen. Geld für eine neue Trasse ist nicht da, auf der historischen Trasse wird er auch nicht kommen, weil es Riesenwiderstände gibt. Das bedeutet, dass die Montzen-Linie (Eisenbahnlinie von Antwerpen über Aachen, Red.), die Güterverkehre wird aufnehmen müssen.“ Neuralgischer Punkt sei der „Flaschenhals“ zwischen Aachen und Düren, weil die Strecke dort nur zweigleisig ausgebaut ist. „Wenn dort das kleinste bisschen passiert, bricht die ganze Kette zusammen.“ Nicht nur ein Aachener Problem: „Das ist ein Stück Verkehrsinfrastruktur, entscheidend für die Versorgung der gesamten Rheinschiene mit Gütern. Es gehört zu den Dingen, die wir mit breiter Unterstützung gemeinsam angehen müssen.“ Auf der Suche nach Unterstützung ist Drewes aber auch noch in Aachen selbst. „Dass wir jetzt auch ins Rheinland schauen, ist für manche Aachener ein Problem. Da ist noch Überzeugungsarbeit zu leisten.“

Fördergeld kaum nachgefragt

KLIMASCHUTZ 200 Millionen Euro liegen beim Land für Hausbesitzer bereit

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf. 200 Millionen Euro liegen beim nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium für Klimaschutzmaßnahmen in Privathäusern wie etwa eine Heizungserneuerung bereit, doch das Geld wird kaum abgerufen. Denn nur wenige Bürger wissen offenbar von der „Abwrackinitiative“ für alte teure Heizbrenner. Lediglich 15 der 200 Millionen Euro sind bisher abgefließen.

Der klima- und umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, André Stinka, rief jetzt zum Endsprint auf, denn nur noch bis Ende des Jahres können Eigenheimbesitzer und Vermieter diese attraktive Investitionsmöglichkeit vorerst nutzen. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen über 300 000 Heizanlagen, die älter als 25 Jahre sind. Das belastet unser Klima und die Portemonnaies gerade von Menschen mit niedrigeren Einkommen.“

Sollten die Millionen bis Jahresende nicht abgerufen werden, fließt das Geld wieder in den allgemeinen Etat des Finanzministers zurück, erklärte Stinka. Er fordert deshalb das Ministerium auf, das seit Januar 2011 neu aufgelegte Klimaschutzprogramm kreativ zu bewerben. „Wir sind in der SPD-Fraktion sehr verwundert, wie zögerlich das Thema angegangen wird“, sagte Stinka.

Die zuständige Mitarbeiterin im Wirtschaftsministerium, Rita Tölle, erklärte, der relativ geringe Abfluss der Mittel sei noch kein Grund zur Beunruhigung. Erfahrungsgemäß flößen die Mittel erst im Herbst verstärkt ab.

Die Sanierung von Heizungen an andere Maßnahmen zu koppeln, hält Stinka für falsch. „Neue Heizanlagen senken nicht nur den CO₂-Ausstoß sondern auch noch die sogenannte zweite Miete“, betonte Stinka. Mit dem Einbau eines modernen Öl- oder Gasbrennwertkessels könnten rund 30 Prozent Energie eingespart werden. „Das bedeutet eine spürbare Entlastung bei den Energiekosten der Haushalte, die sich schneller amortisiert als andere Maßnahmen.“

Antrag bei Kommunen

Das mit 200 Millionen Euro ausgestattete Landesprogramm ist an Einkommensgrenzen gekoppelt. So darf eine vierköpfige Familie nicht mehr als 48 000 Euro im Jahr verdienen, um aus diesem Topf förderfähig zu sein. 80 Prozent der Investitionssumme werden zu einem Zins- und Bearbeitungsatz von einem Prozent pro Jahr bei einer zweiprozentigen Tilgung in einem Zeitraum von zehn bis 15 Jahren finanziert.

Bis zu einer Summe von 40 000 Euro pro Wohnobjekt bietet das Land die günstigen Zinsen an. Im Regelfall werden Heizungs- und andere Sanierungen kombiniert. Interessenten können beim Wohnungsbau-Förderungsamt in ihrer Kommune einen Antrag stellen. (tu.)